

# Weiche Landung für abgewählte

*In der Privatwirtschaft beträgt die Kündigungsfrist in den meisten Jobs drei Monate. Nachher ist Schluss mit Lohn. Anders im öffentlichen Dienst: Goldene Fallschirme für Regierungsmitglieder sind weit verbreitet.*



**Gut abgefedert:**  
Hohe Amtsträger erhalten vielerorts hohe Ruhegehälter

**B**eim Bund, in vielen Kantonen und grösseren Gemeinden gilt: Wählt das Volk einen Politiker nicht für eine weitere Amtszeit oder tritt dieser freiwillig zurück, muss er sich um seine finanzielle Sicherheit keine Sorgen machen. Eine *saldo*-Umfrage zeigt: 19 der 26 Kantone gewähren hohen Amtsträgern wie Regierungsräten ein Ruhegehalt.

## FORUM

Finden Sie es richtig, dass ehemalige Amtsträger Ruhegehälter bekommen?

Schreiben Sie an: *saldo*, Postfach 723, 8024 Zürich, [redaktion@saldo.ch](mailto:redaktion@saldo.ch). Oder diskutieren Sie im Internet unter [www.saldo.ch](http://www.saldo.ch).

Die Höhe des Ruhegehalts bemisst sich meist nach Amtsjahren, Alter und bisherigem Lohn. Das Geld erhalten die Magistraten teilweise bis zur Pensionierung – oder bis ans Lebensende. Zu Kürzungen kommt es höchstens, wenn ein neues Einkommen und das Ruhegeld zusammen höher sind als der frühere Lohn.

Was das den Steuerzahler kostet, halten die meisten Kantone geheim. Begründung: Datenschutz. Aus der Höhe der Zahlungen könne man sonst Rückschlüsse auf einzelne Personen ziehen.

Transparent ist der Kanton Basel-Stadt: Hanspeter Gass trat 2013 nach weniger als sieben Jahren Amtszeit im Alter von 57 Jahren freiwillig aus der Exekutive aus. Seither hat er Anspruch auf 54 Prozent des Regierungs-

ratslohns. Das sind im Monat etwa 13 200 Franken. Bis zu seiner Pensionierung im August 2018 zahlen ihm die Steuerzahler so geschätzt rund 1 Million Franken.

### «Es ist schwierig, in den früheren Beruf zurückzukehren»

Neben Gass beziehen in Basel sechs weitere ehemalige Regierungsräte, Gerichtspräsidenten sowie ein Ombudsman ein Ruhegehalt. Die Begründung von Regierungssprecher Marco Greiner: «Nach acht oder zwölf Jahren kann es für eine Magistratsperson schwierig sein, in den früheren Beruf zurückzukehren.»

Die Basler Grünliberalen sind mit den Sonderregeln nicht einverstanden. Um die Ruhegehälter «auf eine vernünftige Basis» zu beschrän-

ken, lancierten sie eine kantonale Volksinitiative.

Der Kanton Wallis hat auf dieses Jahr Ruhestandsgehälter abgeschafft. Für 63 Regierungsmitglieder, Richter, Staatsanwälte und Staatskanzler sowie deren Hinterbliebene gilt noch das alte Recht. Ihr Anspruch auf Ruhegeld bleibt lebenslang bestehen. 4 der 63 Begünstigten haben das Rentenalter zurzeit noch nicht erreicht. Sie erhalten jeden Monat gut 9000 Franken.

Auch viele Gemeinden vergolden hohen Amtsträgern den Abgang. Beispiel Winterthur: Die sieben Mitglieder der Stadtregierung dürfen sich ab dem 56. Lebensjahr zur Ruhe setzen. Bei Abwahl oder einem Rücktritt aus persönlichen Gründen haben sie bis zur Pension Anspruch auf eine

# Politiker

KEYSTONE



**Hanspeter Gass:** Der Basler Ex-Regierungsrat erhält 13 200 Franken pro Monat

Rente. Ein früherer Stadtrat erhält zurzeit 13 000 Franken pro Monat.

## Beim Bund gibts Ruhegehälter bis zum Lebensende

Beim Bund gilt: Bundesräte, Bundeskanzler und Bundesrichter haben Anspruch auf ein Ruhegehalt – bis zum Lebensende. Auch hier wird die Rente nur gekürzt, wenn ein neues Einkommen plus das Ruhegehalt den früheren Magistratslohn übersteigen.

Im letzten Jahr bezogen laut Bundeskanzlei 15 Alt-Bundesräte, drei Alt-Bundeskanzler sowie vier Witwen Ruhegeld von zusammen 4,4 Millionen Franken.

Ein Bundesrat verdient im Jahr 444 718 Franken. Nach vier Amtsjahren kann er von seinem Posten zurücktreten, aus gesundheitlichen Gründen auch früher. Er erhält dann lebenslang die Hälfte seines bishe-

rigen Jahreslohns, sprich 18 530 Franken pro Monat.

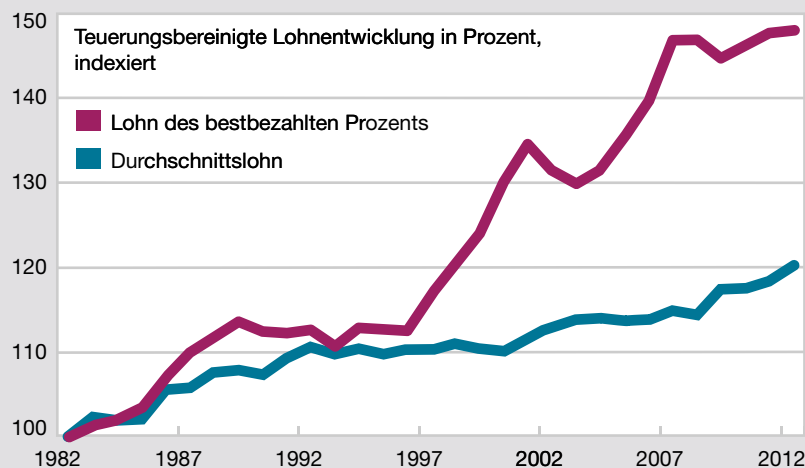
Beispiel Ruth Metzler: 2003 verfehlte die damals 39-jährige CVP-Bundesrätin die Wiederwahl. Beim damaligen Bundesratslohn von jährlich 404 791 Franken hat sie Anspruch auf monatlich 16 866 Franken. Hätte Metzler ihr Ruhegehalt seither vollumfänglich bezogen, hätten ihr die Steuerzahler bis heute 2,3 Millionen Franken überwiesen. Wie viel Geld sie tatsächlich bezogen hat, sagt Metzler nicht. Auch die Bundeskanzlei schweigt.

Neben dem Wallis haben auch die Kantone Appenzell-Ausserrhoden, Glarus, Obwalden, Uri, Zug und Zürich die Ruhegehälter in der Zwischenzeit abgeschafft. Das heisst aber nicht, dass Magistraten nach ihrem Abgang ohne Geld auf die Strasse gestellt werden. Die Kantone zahlen ihnen stattdessen Abgangsentschädigungen von bis zu 20 Monatslöhnen.

Dieser Trend hält auch in Bundesbern Einzug. In der Frühlingssession sprach sich der Ständerat dafür aus, abgewählten Bundesrichtern künftig kein Ruhegeld, sondern neu eine Abgangsentschädigung von bis zu 12 Monatslöhnen zu zahlen. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat. Aktuell erhalten laut Angaben des Bundesgerichts 54 Alt-Bundesrichter ein Ruhegehalt in der Höhe von total 9,4 Millionen Franken pro Jahr. Gloria Godoy

## SCHWEIZ IN ZAHLEN

### Topsaläre steigen stärker als Angestelltenlöhne



### Seit 1995 heben die Chefsaläre ab

Der Grenchner Maschinenhersteller Bobst zahlte seinem Chef Jean-Pascal Bobst letztes Jahr ein Salär von 1,8 Millionen Franken. Das waren 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Der gleiche Bobst verlangte laut «NZZ» an der Jahresmedienkonferenz, die Löhne der Schweizer Angestellten müssten um 10 Prozent sinken. Nur so bleibe die Wirtschaft trotz starkem Franken wettbewerbsfähig.

Fakt ist: Der Lohn eines durchschnittlichen Angestellten ist in den letzten 15 Jahren weit weniger gestiegen als die Löhne von Topverdienern wie Jean-Pascal Bobst. Die Saläre des bestbezahlten Prozents stiegen zwischen 1996 und 2012 um rund 40 Prozent – nach Abzug der Teuerung. Die mittleren Löhne der Angestellten erhöhten sich im selben Zeitraum nur gerade um 12 Prozent (siehe Grafik). Diese Zahlen veröffentlichte der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Er stützte sich dabei auf die Lohnstrukturhebung des Bundesamts für Statistik.

Die Löhne von Topverdienern und von normalen Angestellten entwickelten sich bis zum Jahr 1995 ungefähr parallel. Erst danach stiegen die Löhne der Topverdiener prozentual viel stärker als beim Rest. Der Gewerkschaftsbund führt dies auf die vermehrte Auszahlung von Boni an Manager zurück.

Die Statistik des Bundesamtes für Sozialversicherungen bestätigt den Befund. Das Amt ist für die AHV zuständig und weiss deshalb, wie hoch die Löhne der AHV-pflichtigen Angestellten sind: Das mittlere Einkommen der Männer stieg zwischen 2000 und 2012 um 13 Prozent. Das Einkommen der obersten 10 Prozent erhöhte sich jedoch um 24 Prozent.

Bei den Frauen stiegen die mittleren und die höchsten Löhne im Gleichtakt. Dies hat damit zu tun, dass sich erst relativ wenig Frauen in die Teppichetagen vorgekämpft haben, wo die Millionensaläre kassiert werden.

yde

QUELLE: SGB, BFS, BSV